

Antimuslimischer Rassismus Report 2024¹ - Kurzfassung

Die Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit & antimuslimischer Rassismus (kurz: Dokustelle Österreich) ist eine zivilgesellschaftlich selbstorganisierte Anlaufstelle für Menschen, die von antimuslimischem Rassismus betroffen sind. Seit zehn Jahren dokumentiert das Team systematisch Fälle antimuslimischer Diskriminierung und Übergriffen in Österreich, beobachtet mediale Diskurse und bietet Betroffenen Beratung sowie Unterstützung an.

Darüber hinaus organisiert die Dokustelle Österreich Empowerment-Angebote für Betroffene und Sensibilisierungstrainings für Personen, die sich mit ihren rassistischen Privilegien auseinandersetzen möchten. Ihr zentrales Ziel: ein gleichberechtigtes Zusammenleben in Österreich – mit fairen Chancen für alle.

Am 10.6.2025 stellt sie den **10. Antimuslimischen Rassismus Report** vor.

Jahresüberblick

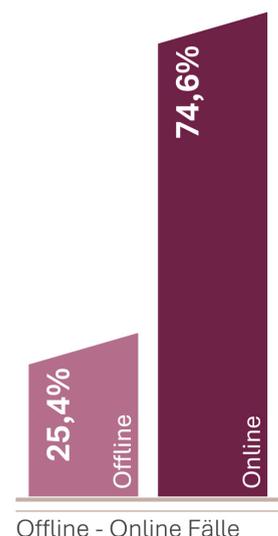
Im Jahr 2024 dokumentierte die Dokustelle Österreich insgesamt 1336 antimuslimisch-rassistische Übergriffe – sowohl gegen Muslim:innen als auch gegen Personen, die als muslimisch wahrgenommen werden. Die Zahlen setzen sich aus gemeldeten Offline-Fällen sowie aus Online-Vorfällen zusammen, die im Rahmen eines systematischen Monitorings erfasst wurden.

Es sei an dieser Stelle betont, dass die präsentierte Statistik eine Momentaufnahme darstellt und keinesfalls als repräsentativ für das gesamte Ausmaß antimuslimischen Rassismus in Österreich gelten kann. Wir gehen von einem erheblichen Graubereich aus. Ziel unserer Dokumentation ist es, Tendenzen sichtbar zu machen – denn jeder einzelne Fall ist einer zu viel.

Aufbauend auf einem intersektionalen Verständnis rassistischer Strukturen in einer mehrheitsdominierten Gesellschaft werden die erhobenen Daten unter Berücksichtigung möglicher Mehrfachdiskriminierungen gesammelt und ausgewertet.

Im Jahr 2024 wandten sich 340 Personen persönlich an die Dokustelle Österreich, um Übergriffe aktiv zu melden – viele suchten dabei auch psychosoziale oder rechtliche Unterstützung. Parallel dazu wurden 996 Fälle von antimuslimischem Hass im digitalen Raum dokumentiert.

Auffällig sind die Spitzenwerte im August und September – ein Anstieg, der in direktem Zusammenhang mit den Nationalratswahlen im Herbst 2024 steht. Wie bereits in den Vorjahren zeigt sich: Wahlkämpfe in Österreich haben konkrete Auswirkungen auf den Alltag von Muslim:innen und als muslimisch gelesenen Menschen.



¹ Der gesamte Report kann ab dem 10.6. als PDF auf dokustelle.at heruntergeladen werden.

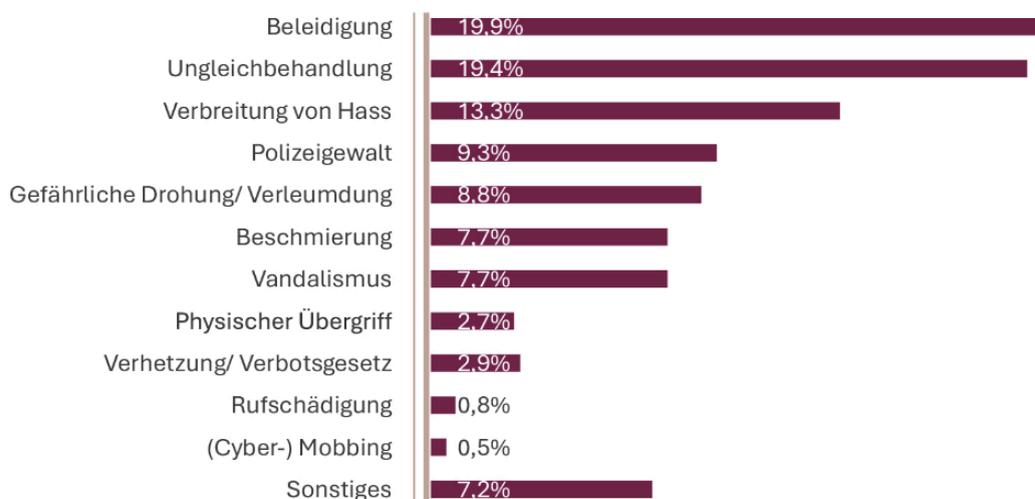
Tathandlungen (dokumentierte Offline-Fälle)

Die Analyse der Offline-Fälle zeigt: Am häufigsten wurde über Beleidigung (19,9 %) und Ungleichbehandlung (19,4 %) berichtet. Besonders muslimische Frauen schilderten diskriminierende Erfahrungen im Gesundheitssystem – etwa, dass sie auf ihr Äußeres reduziert, abgewertet oder nicht ernst genommen wurden. Auch muslimische Ärzt:innen berichteten von struktureller Ungleichbehandlung und mangelnder Anerkennung ihrer beruflichen Expertise.

Wie schon in den vergangenen Jahren ist die Kategorie Verbreitung von Hass (13,3 %) stark in der Dokumentation und Analyse vertreten, gefolgt von Polizeigewalt (9,3 %) und Gefährlicher Drohung (8,8 %). In der Kategorie Verbreitung von Hass registrieren wir eine zunehmende Anzahl von Fällen, in denen muslimische Organisationen gezielt Hassbotschaften erhalten. Auch die Dokustelle Österreich selbst war 2024 verstärkt Ziel von Hassnachrichten via E-Mail und sozialen Medien. Dieser Trend zeigt: Je sichtbarer die Arbeit zu antimuslimischem Rassismus wird, desto massiver werden die Angriffe.

Weitere erfasste Tathandlungen im Offline-Bereich im Jahr 2024 betrafen den Zusammenhang von Polizeigewalt und Demonstrationen in Solidarität mit Palästinenser:innen. Zahlreiche Betroffene berichteten von unbegründeten Verboten oder Auflösungen von Versammlungen – selbst wenn diese rechtmäßig angemeldet waren. Teilnehmer:innen wurden teils mit überhöhten und rechtswidrigen Strafen belegt. Antimuslimischer Rassismus zeigte sich dabei sowohl auf individueller Ebene – etwa durch diskriminierendes Verhalten von Beamt:innen – als auch strukturell, etwa durch die systematische Einschränkung der Versammlungsfreiheit. Besonders Musliminnen, die sich sichtbar etwa durch das Tragen religiöser Kleidung als solche zu erkennen geben, berichteten, oft als potenzielles Sicherheitsrisiko wahrgenommen und pauschal kriminalisiert worden zu sein. Dieses Vorgehen schränkt die politische Teilhabe muslimischer Zivilgesellschaft massiv ein.

Unter den an die Dokustelle Österreich aktiv gemeldeten Fälle von Sachbeschädigung fallen vor allem Fälle von Vandalismus (7,7 %) und rassistischen Beschmierungen (7,7 %). So wurde beispielsweise eine islamische Schule erneut Ziel eines Angriffs: Am frühen Morgen fanden Mitarbeiter:innen einen großflächigen Schriftzug mit der Parole „Islamisten raus“ an der Außenwand.



Tathandlungen

Ein Rückblick auf zehn Jahre zeigt: Beleidigungen, Ungleichbehandlung und Verbreitung von Hass sind die am häufigsten dokumentierten Übergriffsformen. Das unterstreicht, dass Muslim:innen in Österreich auf individueller wie institutioneller Ebene unzureichend vor Diskriminierung geschützt werden. Die Ergebnisse decken sich mit der 2024 veröffentlichten Studie „Being Muslim in the EU“² der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA), die auf ähnliche Defizite hinweist.

Der Großteil der dokumentierten Vorfälle ereignete sich im öffentlichen Raum (31,8 %) – etwa auf Straßen oder in Parks. Besonders Frauen berichteten von Beleidigungen, Anspucken oder Bedrohungen. Auch islamfeindliche Schmierereien und Vandalismus wurden hier verzeichnet. Weitere häufige Tatorte sind Arbeitsplätze (11,8 %) und Bildungseinrichtungen (10 %).

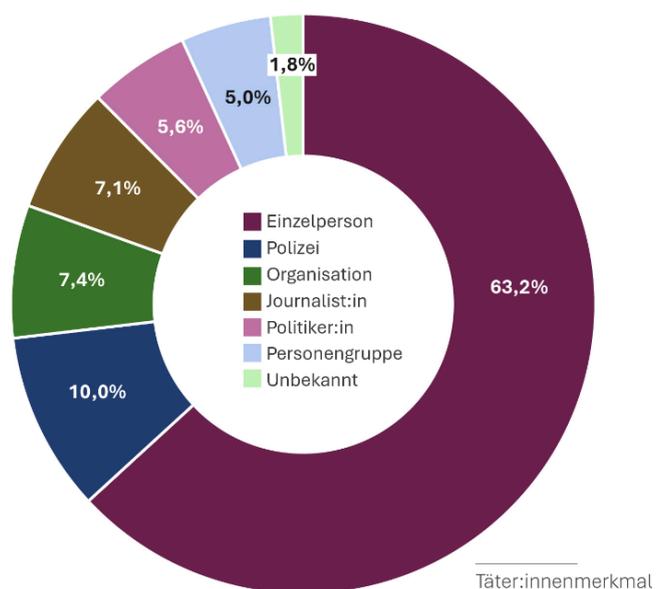
Gender der Betroffenen (dokumentierte Offline-Fälle)

In der dokumentierten Kategorie „Gender“³ der Betroffenen dominiert weiterhin die Angabe „weiblich“ mit 76,8 %, während sich 23,2 % der Betroffenen als „männlich“ identifizieren. Dieser Trend zeigt sich durchgängig in allen Erhebungsjahren der Dokustelle Österreich und verdeutlicht: Antimuslimischer Rassismus betrifft besonders häufig jene, die an mehreren Schnittstellen von Diskriminierung betroffen sind.

Neben dem Geschlecht spielen dabei weitere Faktoren eine zentrale Rolle – etwa das Tragen eines Kopftuchs, rassifizierende Zuschreibungen, das Lebensalter, der sozioökonomische Status oder eine zugeschriebene Migrationsgeschichte. Die Dokumentationspraxis der Dokustelle Österreich folgt einem intersektionalen Ansatz: Sie macht die Verschränkungen unterschiedlicher Diskriminierungsformen sichtbar und legt so die Mehrfachbetroffenheiten offen, die vielen Muslim:innen in Österreich den Alltag erschweren.

Täter:innen (dokumentierte Offline-Fälle)

Die Auswertung der Täter:innen erfolgt auf Basis der Schilderungen der Betroffenen – es handelt sich daher überwiegend um Fremdwahrnehmungen. Die Angaben zeigen jedoch deutlich, dass neben Einzelpersonen auch Organisationen, Medienvertreter:innen, Beamt:innen und Politiker:innen als Täter:innen in Erscheinung treten. Gerade wenn Polizist:innen, Journalist:innen oder politische Akteur:innen involviert sind,



² Siehe <https://fra.europa.eu/de/publication/2024/being-muslim-eu> (zuletzt aufgerufen am 5.6.2025)

³ Die derzeitige Erfassung des Genders erfolgt überwiegend in den Kategorien „weiblich“ und „männlich“, basierend auf Selbstzuordnungen in Meldungen oder Beratungsgesprächen – teils aber auch auf zugeschriebenen Identifikationen. Diese Einteilung spiegelt die vorhandenen Angaben wider, zeigt jedoch zugleich eine strukturelle Begrenzung auf, die nicht-binäre Personen bislang unzureichend berücksichtigt; die Dokustelle arbeitet an einer inklusiveren Erhebung.

werden bestehende Machtverhältnisse besonders deutlich – mit weitreichenden gesellschaftlichen Folgen.

Online-Monitoring

Im Jahr 2024 wurden insgesamt 996 antimuslimische Vorfälle im Online-Bereich dokumentiert. Während die Fallzahlen zu Jahresbeginn noch konstant blieben, kam es ab Juni zu einem signifikanten Anstieg. Im August wurden 137 Fälle gemeldet, was 13,8 % aller Online-Vorfälle im Jahr entspricht. Im September stieg die Zahl auf 196 Fälle, das sind 19,8 % der Gesamtzahl. Auch wenn die Zahlen im Oktober mit 108 Meldungen wieder leicht zurückgingen, lagen sie weiterhin deutlich über dem Monatsdurchschnitt des Jahres.

Dieser Anstieg lässt sich mit mehreren gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in Verbindung bringen. So prägte der EU-Wahlkampf im Juni – insbesondere durch rechtspopulistische Akteur:innen wie die FPÖ – stark islam- und migrationsfeindliche Narrative. Wahlkampfthemen wie „Überfremdung“ oder „Islamisierung“ dominierten die öffentliche Debatte und befeuerten rassistische Ressentiments.

Auch sportpolitische Ereignisse wie die UEFA-Europameisterschaft in Deutschland hatten Einfluss auf das Online-Klima in Österreich. Besonders im Zusammenhang mit Spielen gegen die Türkei oder Teams aus Südosteuropa kam es vermehrt zu rassistischen Parolen, Symbolen und Kommentaren – sowohl in Stadien als auch in sozialen Medien. Die Berichterstattung darüber – kombiniert mit den ohnehin aufgeheizten gesellschaftlichen Debatten – verstärkte antimuslimische Stereotype zusätzlich.

Ein weiterer zentraler Faktor war die Berichterstattung über den Gaza-Krieg. In diesem Kontext wurden Muslim:innen vermehrt mit Gewalt und Extremismus assoziiert – ein gefährlicher Diskurs, der im digitalen Raum schnell in Hassbotschaften, Drohungen und Diskriminierung mündete. Die hohe Zahl dokumentierter Fälle im Spätsommer und Frühherbst lässt sich daher auch als Reaktion auf die zunehmend feindliche mediale und politische Stimmung verstehen.

Besonders betroffen waren erneut muslimische Frauen mit sichtbarem religiösen Ausdruck – etwa durch das Tragen eines Kopftuchs – ebenso wie geflüchtete Personen und Menschen mit arabisch-palästinensischem Hintergrund. Die im Online-Bereich dokumentierten Angriffe zeigten auch 2024 eine ausgeprägte intersektionale Komponente: Dort, wo rassistische, sexistische und klassistische Diskriminierungsformen zusammenwirken, sind Betroffene besonders stark exponiert.

Insgesamt zeigt die Analyse deutlich, wie stark antimuslimische Vorfälle im digitalen Raum durch politische Ereignisse, mediale Diskurse und internationale Entwicklungen beeinflusst werden – und wie sehr sich gesellschaftliche Zuspitzungen in Form digitaler Gewalt gegen Muslim:innen entladen.

Report Schwerpunkt: 10 Jahre Arbeit gegen Antimuslimischen Rassismus

Zehn Jahre nach ihrer Gründung steht die Dokustelle Österreich an einem Wendepunkt – in einem Jahr, das exemplarisch zeigt, was es bedeutet, in einem zunehmend repressiven Klima antimuslimischen Rassismus zu dokumentieren, ihm entgegenzuwirken und solidarisch an der Seite betroffener Communities zu stehen.

2024 ist geprägt von einem gesellschaftlichen und politischen Backlash: Weniger Raum für Mitbestimmung und freie Meinungsäußerung, verstärkte Kriminalisierung muslimischer und muslimisch markierter Selbstorganisation sowie Angriffe auf Grund- und Freiheitsrechte treffen insbesondere mehrfach diskriminierte Gruppen. Die Dokustelle steht inmitten dieser Entwicklungen – mit einem konsequenten Standpunkt, begrenzten Ressourcen und wachsender Verantwortung.

Was heißt es, 2024 antimuslimischen Rassismus in Österreich zu dokumentieren? Es heißt, alternatives Wissen zu schaffen, wo dominante Narrative Muslim:innen unter Generalverdacht stellen; Räume zu eröffnen, wo staatliche Strukturen sie einschränken; und Allianzen zu stärken – mit Betroffenen, Verbündeten und Organisationen, die sich für eine gerechtere Gesellschaft einsetzen.

In den letzten zehn Jahren dokumentierte die Dokustelle Österreich mehr als 9.000 Fälle von antimuslimischem Rassismus. Diese Zahlen geben lediglich einen Einblick in Lebensrealitäten, die von entwürdigenden Alltagserfahrungen, struktureller Diskriminierung, Polizeigewalt, politischen Kampagnen, Gesetzesverschärfungen und medialer Hetze geprägt sind. Die Berichte zeigen einen tief verankerten Rassismus, der Körper, Sprache, Kleidung und Zugehörigkeit muslimischer oder muslimisch gelesener Menschen infrage stellt. Die Beiträge im Schwerpunkt „10 Jahre Dokustelle Österreich“ sowie unsere Projektarbeit geben Einblick in diese Entwicklungen im diesjährigen Report.

Forderungen der Dokustelle Österreich

Jeder Fall ist ein Fall zu viel. Die Dokustelle Österreich geht der Frage nach, welche Auswirkungen rassistische Gewalt auf Betroffene, muslimische Akteur:innen sowie Selbstorganisationen von Muslim:innen und ihren Verbündeten hat.

Viele Muslim:innen und muslimisch gelesene Menschen sind nicht nur physischen und verbalen Angriffen ausgesetzt, sondern auch systematischer Diskriminierung, einseitiger medialer Berichterstattung, staatlicher Zensur, Kriminalisierung und Entmenschlichung – mit massiven Auswirkungen auf ihren Alltag. Was in politischen Debatten zu Muslim:innen fehlt, ist eine ernsthafte kritische Auseinandersetzung mit den konkreten Auswirkungen dieser Diskurse auf Muslim:innen in Österreich.

Deshalb fordert die Dokustelle Österreich:

- Die Anerkennung des Phänomens antimuslimischen Rassismus und eine einheitliche Arbeitsdefinition und die Umsetzung umfassender Sensibilisierungsmaßnahmen
- Durch die intersektionale Perspektive Mehrfachdiskriminierungen wirksam zu begegnen und Betroffene gezielt zu schützen
- Rassismuskritische Bildung: Lehrkräfte müssen – in Zusammenarbeit mit Community-basierten und betroffenenzentrierten Organisationen – kontinuierlich fortgebildet werden. Auch Schüler:innen brauchen Sensibilisierungs- sowie Empowerment-Workshops und Heilungsräume (healing spaces) an Schulen.
- Unabhängige psychosoziale Beratung und eine gesicherte Finanzierung für den Ausbau und Erhalt von kostenlosen, wohnortnahen psychosozialen Beratungsangeboten und Therapien.
- Betroffene müssen im Strafverfahren geschützt, emotional und finanziell entlastet und sekundäre Viktimisierung verhindert werden.

- Konsequente Ermittlungen bei rassistisch motivierten Straftaten: Das Justizministerium muss rassistisch motivierte Straftaten systematisch evaluieren, Schwachstellen offenlegen und Verbesserungen umsetzen.
- Menschenrechtskonforme Sicherheitspolitik: Straftatbestand § 247b StGB „religiös motivierte extremistische Verbindung,“ darf nicht zur Stigmatisierung muslimischer Personen führen. Sicherheitspolitik muss die Grundrechte wahren.
- Religionsfreiheit & Diskriminierungsschutz: Die Gleichbehandlung aller Religionsgemeinschaften sowie die Freiheit der Religionsausübung müssen ohne staatliche Kontrolle gewährleistet sein.
- Unabhängige Kontrollinstanzen für Exekutive und Sicherheitsdienste: Polizeigewalt muss unabhängig aufgeklärt und Betroffene entschädigt werden.
- Solidarität gegen Rassismus, Community-Stärkung und Schutz zivilgesellschaftlicher Räume (civic spaces) & Meinungsfreiheit: Zivilgesellschaftliches Engagement von Menschenrechtsaktivist:innen und betroffenenzentrierten Menschenrechtsorganisationen sowie die Presse- und Meinungsfreiheit müssen gesetzlich geschützt und gestärkt werden.
- Rassismuskritische Medien: Rassismuskritische Perspektiven müssen fester Bestandteil journalistischer Aus- und Weiterbildung sein, um diskriminierende Narrative zu erkennen, zu vermeiden und einer verzerrten öffentlichen Darstellung entgegenzuwirken.